

## **Entschließungsantrag**

**der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der Beratung des Antrags der Bundesregierung  
– Drucksachen 18/3246, 18/3583 –**

### **Entsendung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support Mission für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Sicherheitskräfte in Afghanistan**

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Entgegen der öffentlich verlautbarten Abzugsankündigungen wird die Bundeswehr nicht aus Afghanistan abgezogen. Ab Januar 2015 sollen unter dem Mandatstitel Resolute Support Mission 850 Bundeswehrsoldatinnen und -soldaten als Teil eines insgesamt 12.500 Soldatinnen und Soldaten umfassenden NATO-geführten Einsatzes in Afghanistan stationiert sein. Damit wird die Öffentlichkeit erneut getäuscht.
2. Zwar wird die Militäroperation Resolute Support offiziell als in erster Linie Ausbildungsmission geführt, zugleich sind aber nur 10 bis 25 % der Soldaten als Ausbilder vorgesehen. 75 % bis 90 % werden als „Schützer und Unterstützer“ eingesetzt: Kämpfer, Funker, Sanitäter, Hubschrauberpiloten zum Schutz der Ausbilder. De Facto ist Resolute Support eine Fortsetzung des Kampfeinsatzes in Afghanistan.
3. Die jüngste Ausweitung des Einsatzbefehls für die US-Truppen in Afghanistan 2015 durch den Geheimbeschluss des US-Präsidenten bedeutet, dass US-Soldaten direkt in Kämpfe eingreifen werden, wenn sie von Taliban- oder Al-Qaida-Kämpfern angegriffen werden. Dabei ist auch Luftunterstützung der afghanischen Streitkräfte mit US-Kampffjets, Bombern und Drohnen ausdrücklich erlaubt. In dem bilateralen Sicherheitsabkommen (BSA) zwischen den USA und Afghanistan wird auch der Einsatz des US-Militärs im Rahmen der Terrorbekämpfung festgeschrieben. Statt Abzug wird es weiterhin Bombardements, Todesdrohnen und Kampftruppen am

Boden geben. Mit dem Operationskonzept der neuen Mission gehen zudem die geheimen Kommandoaktionen von Spezialeinheiten weiter. Der vorliegende Mandatstext gibt auf die Frage, ob, in welcher Größenordnung und mit welchen eventuellen Aufgaben, auch deutsche Spezialkräfte in diese Art der Kriegsführung einbezogen werden, keine Auskunft.

4. Im Gegensatz zu der noch im August 2014 auf der eigenen Homepage der Bundesregierung betonten Erforderlichkeit einer UN-Resolution für die ISAF-Nachfolge-Mission, will die Bundesregierung nun eine deutsche Beteiligung an Resolute Support ab 2015 nicht mehr auf Grundlage einer UN-Resolution, sondern allein auf Basis der Zustimmung der afghanischen Regierung durchführen. Damit treten für die Bundesregierung Gewohnheiten internationalen Rechts offensichtlich hinter Bündnisdisziplin und eigene Interessenspolitik zurück.
5. Der ISAF-Einsatz ist – auch an seinen eigenen Ansprüchen gemessen – gescheitert. Die Taliban sind nicht besiegt, noch nicht einmal zurückgedrängt. In ländlichen Gebieten, seit diesem Jahr auch in der nördlichen Provinz Kunduz, treten die Taliban immer öfter und zahlreicher im offenen Gefecht gegen die Regierungstruppen an. Die Verluste der afghanischen Sicherheitskräfte (ANSF) sind in den letzten zwei Jahren seit Beginn der Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Militärs um 80 % und in den letzten 9 Monaten nochmals um 7 % gestiegen. Die Anzahl der Selbstmordanschläge in den großen Städten stieg innerhalb nur eines Jahres um 68 %. Nur in Verhandlungen mit den Taliban für einen Waffenstillstand kann ein erster Schritt hin zu einer friedvollen Zukunft begangen werden.
6. Mit den im Dezember 2010 erstmals und seitdem regelmäßig veröffentlichten Berichten zum deutschen Einsatz in Afghanistan wurde bisher keine kritische Bilanz gezogen. Bereits der Begriff „Fortschrittsbericht“ ist irreführend. Es gibt keinen Fortschritt. Nüchterne Zahlen aus den Informationen von UNAMA (United Nations Assistance Mission in Afghanistan) belegen, dass die Bilanz von ISAF eine Bilanz des Scheiterns ist: Laut UNAMA-Bericht (Afghanistan Midyear Report 2014, Protection of Civilians in Armed Conflict) wurden im 1. Halbjahr 2014 mit 1.208 doppelt so viele Zivilisten durch Taliban und andere Aufständische getötet wie im vergleichbaren Zeitraum 2009 (dem Jahr des ersten UNAMA-Berichts). Der ISAF-Einsatz hat viele Opfer gekostet – ganz besonders zu beklagen sind die Opfer in der afghanischen Zivilbevölkerung. In der ersten Jahreshälfte 2014 sind allein 4.853 zivile Opfer zu beklagen (1.564 Zivilisten wurden getötet und 3.289 verletzt). Das ist eine Steigerung von 17 % bei den Getöteten und 28 % bei den Verletzten gegenüber dem Vorjahreszeitraum.
7. Die realen Gesamtkosten des Afghanistan-Krieges belaufen sich laut Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ([www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw\\_01.c.356897.de](http://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.356897.de)) auf 17 bis 33 Milliarden Euro. Auch hier versuchte die Bundesregierung immer wieder die Öffentlichkeit über die wahren Kosten zu täuschen. Allein beim ISAF-Einsatz übersteigen nach Informationen der Bundesregierung in derer Antwort auf die Kleine Anfrage (Bundestagsdrucksache 17/14491) die wirklichen Kosten jährlich die ursprünglich insgesamt veranschlagten. Bis 2013 sind beim ISAF-Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan Mehrkosten von insgesamt 872,3 Millionen Euro aufgelaufen. Lediglich in den beiden ersten Jahren des Einsatzes (2002 und 2003) wurde das selbst gesetzte Budget eingehalten. Seither überstiegen die realen Kosten regelmäßig die Schätzkosten – und das teilweise im dreistelligen Millionenbereich. Allein im Jahr 2010 kostete ISAF eine Viertelmilliarde Euro mehr als prognostiziert.

8. Nach 35 Jahren Krieg und Bürgerkrieg sind die Menschen in Afghanistan schwer traumatisiert, die Wirtschaft liegt am Boden und das politische System ist eines der Klientelwirtschaft und Korruption, die soziale Lage der Bevölkerung ist dramatisch. Der NATO-Krieg der vergangenen 13 Jahre, an dem Deutschland bis heute beteiligt ist, hat zu diesem Zustand wesentlich beigetragen.
9. In Afghanistan herrschen mitnichten demokratische Verhältnisse. Sowohl die Regionalwahlen im April 2014 als auch die Präsidentschaftswahlen im Mai 2014 stehen unter dem Verdacht massiver Wahlfälschungen. Die Administration in Kabul und den Provinzen funktioniert nach dem Prinzip von Willkür und Vetternwirtschaft. In großen Teilen des Landes herrschen Gesetzlosigkeit, Terror und Plünderungen, insbesondere durch regierungsnahen Milizen und die Privatarmeen von nie entwaffneten Warlords, die immer wieder auch mit den NATO-Streitkräften eng kooperieren.
10. Die wirtschaftliche Situation des Landes ist katastrophal. Nur der Opiumanbau boomt. Seit Beginn der NATO-Intervention ist Afghanistan zum Exportweltmeister für Opium aufgestiegen. Die Vereinten Nationen schätzen, dass die Produktion 2014 mit etwa 6.400 Tonnen einen 17 %igen Anstieg allein im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen hat. Afghanistan bleibt damit der weltweit wichtigste Lieferant von Opium. Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans wird weiterhin nicht durch ein selbsttragendes Wirtschaftswachstum, sondern nur durch die Zuflüsse aus der internationalen Gebergemeinschaft stimuliert, die Arbeitslosenquote unter der erwerbsfähigen Bevölkerung liegt bei über 50 %.
11. Die Menschenrechtslage ist auch in den von der afghanischen Regierung beherrschten Gebieten des Landes desaströs. Afghanistan liegt im Human Development Index, der Lebenserwartung, Lebensstandard und Bildung misst, auf Platz 169 von 187 Ländern. Die Kindersterblichkeitsrate liegt immer noch bei 10 %. Nur 25 % der Bevölkerung sind laut Weltbank alphabetisiert. Bei der ungleichen Entwicklung zwischen Männern und Frauen liegt Afghanistan laut Gender Inequality Index auf dem drittletzten Platz der Welt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Bundeswehr unverzüglich, vollständig und ohne Vorbedingungen aus Afghanistan abzuziehen und die Zusammenarbeit mit US-, NATO- oder afghanischen Streitkräften und Sicherheitsbehörden zu beenden, demzufolge die Zusage zur Beteiligung deutscher Streitkräfte an der Resolute Support Mission zurückzuziehen,
2. insbesondere den Einsatz der geheimen und nicht kontrollierten Einheiten des Kommando Spezialkräfte (KSK) in Afghanistan zu beenden und gegenüber der afghanischen und der US-Regierung insbesondere auch auf die sofortige Einstellung des Geheimkriegs von Spezialkommandos und Geheimdiensten zu drängen,
3. im NATO-Rat dafür einzutreten, keine Entscheidungen zu treffen, die Militäreinsätze in Afghanistan unterstützen und demzufolge die Militärmission Resolute Support Mission zu beenden und keine anderen militärischen Folgemissionen zu unterstützen,
4. die zivil-militärische Zusammenarbeit zu beenden und sich stattdessen auf zivile Krisenbewältigung und Entwicklungszusammenarbeit zu konzentrieren,
5. auch vor dem Hintergrund, dass in den vergangenen 13 Jahren mehr als hunderttausend deutsche Soldaten in Afghanistan im Einsatz waren und ihr

Leben riskierten und 54 getötet wurden, dem Bundestag eine umfassende und kritische Bilanz von zwölf Jahren Krieg in Afghanistan und der deutschen Beteiligung daran vorzulegen,

6. sich in der UN dafür einzusetzen, dass ein neues, ausschließlich auf den zivilen Wiederaufbau gerichtetes UN-Mandat für einen wirklichen Friedensprozess in Afghanistan beschlossen wird, in dem Friedensverhandlungen zwischen den Taliban und der afghanischen Regierung begleitet werden und dem zivilen Wiederaufbau des Landes eine nachhaltige Unterstützung angeboten wird.

Berlin, den 16. Dezember 2014

**Dr. Gregor Gysi und Fraktion**